

**Beschluss des Kantonsrates  
über die Genehmigung des Rechenschaftsberichts  
des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich  
für das Jahr 2022**

(vom .....)

*Der Kantonsrat,*

nach Einsichtnahme in den Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich für das Jahr 2022 und in den Antrag der Justizkommission vom 13. Juni 2023,

*beschliesst:*

I. Der Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich für das Jahr 2022 wird genehmigt.

II. Dem Verwaltungsgericht und den ihm unterstellten Gerichten wird für die geleistete Arbeit gedankt.

III. Mitteilung an das Verwaltungsgericht.

Zürich, 13. Juni 2023

Im Namen der Kommission  
Der Präsident: Die Sekretärin:  
Tobias Mani      Katrin Meyer

---

\* Die Justizkommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Tobias Mani (Präsident), Wädenswil; Sandra Bienek, Zürich; Urs Dietschi, Lindau; Tamara Fakhreddine, Bonstetten; Priska Hänni-Mathis, Regensdorf; Priska Lötscher, Winterthur; Marion Matter, Meilen; Gabi Petri, Zürich; Roland Scheck, Zürich; Alexander Seiler, Bachenbülach; Nicola Siegrist, Zürich; Sekretariat: Katrin Meyer.

## **Verwaltungsgericht**

### *Geschäftsgang*

Die Zahl der neu eingegangenen Rechtsmittel ist im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr 2021 von 1107 Fälle auf deren 979 gesunken. Die grösste Veränderung gab es bei der Anzahl der Eingänge im Bereich der abstrakten Normenkontrolle, die von 38 auf 8 zurückging, was jedoch damit zu tun hat, dass all die Beschwerden gegen die Covid-Verordnung wegfielen und somit die Eingangszahlen etwa wieder der Norm vor der Pandemie entsprechen. Ein weiteres Jahr rückläufig waren auch die Beschwerden im Bereich Niederlassung und Aufenthalt (von 249 auf 201), machen aber nach dem «Allgemeinen Verwaltungsrecht» anzahlmässig noch immer den grössten Teil der Beschwerden aus. Das Verwaltungsgericht sieht den Grund der Abnahme in einem «Rückstau» bei den Migrationsfällen und geht davon aus, dass sich die Fallzahlen in den nächsten Jahren wieder auf das gewohnte Niveau erhöhen werden. Generell wird davon ausgegangen, dass sich die Fallzahlen im Steuerrecht eher rückläufig entwickeln werden, während im Baurecht mit einer Zunahme gerechnet wird.

2022 sanken auch die Erledigungen um 9 Fälle auf 1021. Dies liegt einerseits daran, dass die Fälle generell aufwendiger werden, aufgeschobene Ferien aus den Coronajahren abgebaut wurden und das Verwaltungsgericht einige Mutterschaftsurlaube verzeichnete, was sich letztlich in einer Erhöhung der durchschnittlichen Bearbeitungszeit von 5,5 Monaten im Vergleich zu 5,1 Monaten im Vorjahr zeigte. Dadurch konnten nur 67% der Fälle innerhalb von 6 Monaten erledigt werden, wodurch die Zielquote von 80% verfehlt wurde. Trotz der geringeren Anzahl Erledigungen konnten die Pendenzen von 475 im Jahr 2021 auf 428 Fälle per Ende 2022 reduziert werden.

Die Anzahl der Weiterzüge ans Bundesgericht ist stark gestiegen. Von den 1021 Erledigungen im Jahr 2022 wurden 313 Entscheide an das Bundesgericht weitergezogen (Vorjahr 254). Davon wurden bisher 72 abgewiesen, 2 gutgeheissen, in 2 Fällen in der Sache zurückgewiesen und auf 77 Beschwerden wurde nicht eingetreten. 189 Fälle aus dem Berichtsjahr waren zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch beim Bundesgericht pendent.

### *Personal*

Am 1. Juli 2022 ging das Präsidium von lic. iur. Andreas Frei an lic. iur. Peter Sprenger über. Die Amtszeit dauert bis 30. Juni 2025. Die vom Kantonsrat zusätzlich gesprochenen 100 Stellenprozente wurden auf zwei 50%-Stellen verteilt. Die beiden neuen Richter traten ihre Stelle auf

1. Oktober 2022 an. Die Einsätze der Ersatzrichter und Ersatzrichterin-  
nen fallen unterschiedlich aus. Zum Abbau von Arbeitsspitzen wird auf  
Generalistinnen und Generalisten zurückgegriffen, während Fachspe-  
zialistinnen und Fachspezialisten bei ausgewählten Fällen zum Einsatz  
kommen. Eine systematische Analyse würde das Verwaltungsgericht  
zweckdienlich für die Ernennung neuer Ersatzrichterpersonen sehen.

Der durchschnittliche Personalbestand lag im Berichtsjahr mit insge-  
samt 38,6 Stellen eine Stelle über dem Vorjahr. Der Anstieg ergibt sich  
unter anderem durch die zwei vom Kantonsrat neu gewählten Mitglieder  
sowie einer temporären Aufstockung bei den Gerichtsschreibenden um  
0,4 Stellen für die Bearbeitung der Rechtsmittel betreffend Corona-  
Härtefallentschädigung und beim Generalsekretariat um 0,3 Stellen für  
anstehende Digitalisierungsprojekte.

Die Fluktuation war weiterhin tief. Das Verwaltungsgericht weist aber  
wiederum auf die schwierige Lage bei der Rekrutierung von Gerichts-  
schreibenden hin. Die Differenz der finanziellen Entschädigung im Ver-  
gleich zur Privatwirtschaft ist signifikant und stellt eine grosse Heraus-  
forderung dar. Stellen müssen teilweise zweimal ausgeschrieben werden,  
um sie besetzen zu können. Zur Überbrückung von offenen Positionen  
und besseren Verteilung der Arbeitslast werden Gerichtsschreibende  
auch zwischen den Abteilungen ausgetauscht. Zur Besetzung der Stellen  
werden in der Kanzlei auch Kleinstpensen von 30% geschaffen.

Das Homeoffice wird weiterhin von zwei bis drei Mitarbeitenden pro  
Abteilung genutzt. Zur Datensicherheit gelten die üblichen Sicherheits-  
konzepte der Direktion der Justiz und des Innern.

## *IT*

Neben der Rechtsprechung beschäftigt sich auch das Verwaltungs-  
gericht mit den Vorbereitungsarbeiten zu einer digitalen Justiz und nutzt  
dabei die extra zur Verfügung gestellten 30 Stelleprozent zur Mitwirkung  
in kantonalen Arbeitsgruppen (neue Geschäftsverwaltung: Helium) und  
im Bund (Justitia 4,0).

## *Infrastruktur*

Die Suche nach einer geeigneten Liegenschaft für das Verwaltungs-  
gericht als Ersatz für die mittlerweile sanierungsbedürftige Liegenschaft  
an der Militärstrasse/Freischützgasse wurde weitergeführt. Mittlerweile  
ist man mit einem möglichen Vermieter im Gespräch. In der Zwischen-  
zeit hat das Verwaltungsgericht in der jetzigen Lokalität im ersten Stock  
noch weitere Räume bezogen.

*Geschäftsgang*

Die Anzahl der neu eingegangenen Rekurse stieg im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr erneut und mittlerweile das vierte Jahr in Folge auf einen rekordhohen Stand von 1012 Fällen, was einer Zunahme von 28% seit 2018 entspricht. Der Anstieg der Eingänge ist auf die unvermindert hohe Bautätigkeit im Kanton zurückzuführen. 76,6% der Eingänge sind aus dem Bereich Baupolizei.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer belief sich im Berichtsjahr auf 4,2 Monate, wobei die durchschnittliche Verfahrensdauer bei materiellen Entscheiden bei 6,5 Monaten und damit über der gesetzlichen Ordnungsfrist von 6 Monaten lag. Innert der gesetzlichen Ordnungsfrist von 6 Monaten konnten nur noch 83% der Verfahren erledigt werden. Von 806 pendenten Fällen waren 451 vorwiegend aufgrund von Vergleichsverhandlungen zwischen den Parteien oder Projektanpassungen durch die Bauherrschaft sistiert.

Aufgrund der Zunahme der Eingangszahlen sind auch die Pendenzen im vierten Jahr in Folge auf 806 gestiegen (2018: 559).

*Personal*

Der Fachkräftemangel ist auch im Baurekursgericht zunehmend spürbar, denn sowohl Gerichtsschreibende als auch administratives Personal ist zunehmend schwieriger zu rekrutieren. Dies kann auch die Justizkommission bei der Ausschreibung der Stellen für neue Mitglieder des Baurekursgerichts beobachten.

Für neue Gerichtsschreibende steht ein gut funktionierendes Tutoratsystem für die erste Arbeitszeit zur Verfügung. Da die Ansprüche der Stellensuchenden gestiegen sind, wird auch gerichtsintern aktiver für ein gutes Betriebsklima gesorgt. Gemeinsame Mittagessen, Personalanlässe und Ausflüge helfen dabei. Zudem werden spezifische Weiterbildungsveranstaltungen durch das Gericht organisiert, wie zum Beispiel mit der Vereinigung für Umweltrecht oder mit dem Bausekretären-Verband, aber es werden auch interne Vorschläge für neue Phänomene umgesetzt, wie beispielsweise mit Solaranlagen umzugehen sei.

*IT und Infrastruktur*

Gemäss dem Baurekursgericht funktioniert der IT-Support nach wie vor hervorragend, vor allem durch das spezielle Engagement eines IT-affinen Mitarbeitenden. In Zukunft wird es zahlreiche Änderungen im IT-Bereich geben, wie zum Beispiel die Erneuerung der Hardware, VoIP, aber vor allem durch die Einführung einer neuen Geschäftsverwaltungssoftware, was das Einscannen aller Unterlagen mit sich bringen wird, was eine grosse Herausforderung für das kleine Gericht darstellen wird.

Die Räumlichkeiten entsprechen den Anforderungen des Baurekursgerichts. Bedingt durch die Sicherheitsschleuse ist der Eintritt nur mit einer Anmeldung oder einem Code möglich. Sicherheitsbedenken treten höchstens bei Augenscheinen auf, wo ein direkter Kontakt mit den Parteien gegeben ist.

## **Steuerrekursgericht**

### *Geschäftsgang*

Mit 526 Eingängen sind im Berichtsjahr deutlich mehr Geschäfte eingegangen als im Vorjahr (480). Dennoch blieben die Eingänge unter dem Planwert von 600. Auch unter dem Planwert von 600 blieben die Erledigungen mit 521 abgeschlossenen Fällen. Die Anzahl Pendenzen per Jahresende blieb mit 362 im Vergleich zum Vorjahr (357) stabil.

Die Nettoverfahrensdauer von 7,6 Monate konnte im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahreswert von 8,7 nochmals leicht reduziert werden, wobei mit rund 54,6% mehr Verfahren als im Vorjahr (rund 50,1%) innert 6 Monaten erledigt wurden. Dieser Umstand erklärt sich das Steuergericht damit, dass im Homeoffice eher einfachere Fälle bearbeitet wurden und diese deshalb schneller abgeschlossen werden konnten.

### *Personal*

Der Personalbestand (Beschäftigungsumfang) im Berichtsjahr verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr (15,8 Stellen) geringfügig um rund 1,3% auf 15,6 Stellen; damit lag dieser 3,1% unter dem geplanten Beschäftigungsumfang von 16,1 Stellen. Zurückzuführen ist Letzteres in erster Linie auf zwei um 20% reduzierte Gerichtsschreiberpensen infolge Vaterschaft sowie auf die nicht vollständige Ausschöpfung des in der Planung enthaltenen Pensums des Leitenden Gerichtsschreibers. Hinzu kommt ein kürzerer unbezahlter Prüfungsurlaub einer Gerichtsschreiberin.